

Fraktion DIE LINKE

05.11.2018

An:
Frau Bürgermeisterin Leidemann

Nummer
0023/2018

- Antrag** gemäß
§ 9 Geschäftsordnung (Änderungsantrag)
- Vorschlag zur Tagesordnung**
(§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung)
- zur Beratung im: RPA am 8.11.2018, HFA und Rat**
- Anfrage** (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme

nachrichtlich
Bürgermeisterin
 Ausschussvorsitzender d.
RPA Herr Fromme
 SPD-Fraktion
 CDU-Fraktion
 Fraktion Bündnis 90 / Die
X Grünen
 Fraktion Bürgerforum
 Fraktion DIE LINKE.
 Fraktion Solidarität für Witten
 FDP-Fraktion
 Fraktion WBG
 Piraten
 WITTEN DIREKT
 fraktionslose Ratsmitglieder
 Integrationsrat

Betreff

Ergänzung des Beschlussvorschlags zur Vorlage Nr. 951/V 16: Jahresabschluss 2017, Ergänzung um
Buchstabe d) Beitrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Sehr geehrter Herr Fromme,
sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit senden wir Ihnen unseren Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag der Vorlage Nr. 951/ V 16: Jahresabschluss 2017 zu. Die Vorlage soll im Rechnungsprüfungsausschuss am 8.11.2018, HFA und Rat behandelt werden.

Antrag:

Dem Beschlussvorschlag der Vorlage Nr. 951/ V 16 wird der Buchstabe d) mit folgendem Text angefügt:

„d) Auf Seite 980 wird im Absatz „Wertung und Ausblick“, Anstrich 4, Satz 5 der Text des Jahresabschlusses wie folgt geändert:

Das Bundesteilhabegesetz schafft neue **wünschenswerte** Ansprüche und Standards. Dies ist ein Beitrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechts-Konvention. Der Grundsatz der Konnexität gebietet, dass die Kommunen bei den zusätzlichen Kosten aus dem Bundesteilhabegesetz von Bund und Land ausreichend finanziell unterstützt werden.“

Begründung:

Aus sozialpolitischer Sicht sind die Neuerungen des Bundesteilhabegesetzes wünschenswert. Menschen mit Behinderungen werden in fast allen Lebensbereichen benachteiligt. Jede Maßnahme zur Verbesserung ihrer Lebenssituation ist wünschenswert. Die Konnexität bei der Finanzierung der neuen Leistungen muss auch hier politisch eingefordert werden.

Mit freundlichen Grüßen
Ulla Weiß (Fraktionsvorsitzende)